№ 38. Dienstag, den 15. Februar 1887.

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.
Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 10, und bei den Depots 2 Rm., bei allen Post-Anstalten des Deutschen Reichs 2 Mk. 50 Pf.

Insertionsgebühr
die 5 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 10 Pf.
Inseraten-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 10. Heinrich Netz, Coppernicusstraße.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Inseraten-Annahme auswärts: Strasburg: A. Fuhrich. Inowrazlaw: Justus Wallis, Buchhandlung. Neumark: J. Köpke. Graudenz: Gustav Röthe. Lautenburg: M. Jung. Gollub: Stadtkämmerer Austen.

Redaktion und Expedition: Brückenstraße 10.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Hasenstein u. Vogler, Rudolf Mosse, Bernhard Arndt, Mohrenstr. 47. G. L. Daube u. Co. und sämmtliche Filialen dieser Firma Kassel, Coblenz und Nürnberg ꝛc.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung vom 12. Februar.

Am Ministertische: Maybach u. A.

Das Haus berieth heute zunächst den Gesetzentwurf, betr. den weiteren Erwerb von Privatbahnen für den Staat.

Abg. v. Strombeck bekannte sich als Gegner des Staatsbahnsystems, das seine üblen Folgen in finanzpolitischer Beziehung, namentlich im Falle eines Krieges zeigen würde. Auch im Einzelnen gebe der vorliegende Entwurf zu vielfachen Bedenken Anlaß, dennoch werde er unter den gegenwärtigen Verhältnissen für die Vorlage stimmen, da doch eine Nothlage vorhanden sei.

Abg. Schreiber (Nordhausen) trat für den Gesetzentwurf ein, den er der verstärkten Budgetkommission zu überweisen beantragte.

Minister Maybach bekämpfte die Bedenken des ersten Redners, soweit sie sich gegen das Staatsbahnsystem richteten und rechtfertigte die Detailbestimmungen des Gesetzes, welches der Regierung keine außergewöhnlichen Befugnisse übertrage.

Abg. v. Wedell-Malchow beantragte die Ueberweisung des Gesetzes an eine besondere Kommission, das Haus beschloß demgemäß. Es folgte die erste Lesung des Sekundärbahngesetzes Seitens der Abgg. v. Enckevort, Schreiber (Nordhausen), Gerlich, Simon v. Zastrow, Dr. Wehr (Dt. Eylau), Knoch, v. Puttkamer (Treblin), Hagens, Berger wurde theils der Dank für die in Aussicht genommenen Bahnen, theils Wünsche ausgesprochen, auch noch andere als die im Gesetz aufgeführten Bahnen zu bauen.

Minister Maybach vertröstete auf die Zukunft; im Augenblick könne man nur so weit gehen, wie die Finanzlage gestatte. Noch niemals seien so viel Eisenbahnen gebaut worden, als in den letzten 6 Jahren, in welchen das preußische Eisenbahnnetz um 33⅓ Prozent vermehrt worden sei.

Abgeordneter Immwalle erblickte in der Vorlage eine eminente Friedensbürgschaft; denn wenn die Kriegsbefürchtung wirklich so drohend wäre, wie die offiziösen Blätter es darstellen, würden hier nicht 40 Millionen für derartige Zwecke gefordert werden.

Minister Maybach erwiderte, die Vorlage sei selbstverständlich in der Voraussetzung gemacht worden, daß nicht die befürchteten Ereignisse eintreten. Aus der Vorlage eine besondere Friedensbürgschaft zu entnehmen, wolle er nicht rathen; die Vorlage werde zur Ausführung kommen, wenn der Friede erhalten bleibe; sie werde nicht zur Ausführung kommen, wenn wir das Unglück eines Krieges haben sollten.

Abg. Windthorst bat um größere Berücksichtigung Hannovers. Die Vorlage wurde an die Budgetkommission verwiesen, ebenso der Nachweis über die Verwendung des im Etat für 1885/86 vorgesehenen Dispositionsfonds von 1 500 000 Mark. Damit war die Tagesordnung erschöpft und vertagte sich das Haus bis Mittwoch, 23. Februar, 11 Uhr. (Kultusetat.)

Deutsches Reich.

Berlin, 14. Februar.

Der **Kaiser** hörte Sonnabend Vormittag zunächst den Vortrag des Grafen Perponcher, arbeitete darauf längere Zeit mit dem General v. Albedyll und hatte Nachmittags eine Unterredung mit dem Geh. Hofrath Bork.

— Die kaiserliche Proklamation, betreffend die Reichstagswahlen soll, wie es heißt, am 19. Februar, also 2 Tage vor den Wahlen, gleichzeitig in allen Wahlkreisen zur Veröffentlichung gelangen. Man hofft dadurch, eine Besprechung dieses Aktenstücks zu verhindern.

— Dem am Sonnabend stattgefundenen Hofball ist der Kaiser auf Anrathen der Aerzte ferngeblieben, die Kaiserin war anwesend.

— Uns wurde vor einigen Wochen gemeldet, das Abg.-Haus werde sich spätestens am 14. Februar vertagen, um den zahlreichen politischen Regierungsbeamten und namentlich den Herren Landräthen die Gelegenheit, für ihre eigene Wiederwahl und für die Wahl gouvernementaler Kandidaten zu wirken, in keiner Weise zu beschränken. Selbstverständlich wurde diese Meldung von „gutunterrichteten" Stellen in Abrede gestellt. Am Schlusse der Sonnabend-Sitzung aber schlug der Präsident vor „um den Kommissionen Zeit zu lassen," die Plenarsitzungen bis zum 23. Februar auszusetzen.

— Das halb und halb septennatsfreundliche Vorgehen des Bischofs von Limburg ist bis jetzt noch vereinzelt geblieben. Bischof Kopp von Fulda, auf dessen Nachfolge unsere gouvernementalen Papisten rechnen mochten, hat ihnen nicht den Gefallen gethan, sondern sich im Gegentheil entschieden auf die Seite des Zentrums geschlagen. Das klerikale Fuldaer Wahlkomitee verbreitet ein Zirkular, wonach „1. Graf Droste-Vischering sich zur Annahme der Wiederwahl in unserem Bezirke schriftlich bereit erklärt hat; 2. unser hochwürdigster Herr Bischof ausdrücklich — unter Ertheilung der Ermächtigung, dies dem Wahlkomitee und dem hochwürdigen Klerus mitzutheilen — erklärt hat, daß er jede Einmischung von anderer Seite zurückweise, daß er seine Wahlpflicht erfüllen und für den Kandidaten des Zentrums stimmen werde." Von den andern Bischöfen ist eine Agitation gegen das Zentrum noch weniger zu erwarten.

— In Bittburg erklärte nach der „Remscheider Ztg." der katholische Geistliche Fasbender, Lehrer an der dortigen landwirthschaftlichen Schule, in einer Wählerversammlung, daß selbst der treueste Katholik dem Papste in einer rein politischen Frage keinen Gehorsam schuldig sei. In diesen Fragen höre die Autorität des kirchlichen Oberhauptes auf, und wenn das Zentrum dem heiligen Vater in diesem Punkte folge, so verdiene es mit Recht den Vorwurf, daß es seine politische Selbstständigkeit den Ansichten des Papstes opfere.

— Auch die Offiziösen beginnen abzurüsten, sie scheuen zurück vor dem durch ihr „Kriegsgeheul" herbeigeführten Verlust so vieler Millionen des Nationalvermögens, sie erwarten nur noch Rettung von der Kaiserlichen Proklamation! Wie aber die Offiziösen sich anschicken die Friedenspfeife zu rauchen, geht aus folgender Meldung der „Lib. Korr." hervor: „Selbst die „Berl. Pol. Nachr." des Herrn Schweinburg, dessen feines Verständniß für die An- und Absichten der Regierung Minister von Scholz unlängst im Reichstage gelobt hat, können nicht mehr behaupten, daß die französischen Rüstungen auf einen in allernächster Zeit bevorstehenden Krieg hinzielen. Die „Berliner Pol. Nachr." sind aber auch nicht geneigt, die leitende Rolle als Vertrauensorgan der Baissepartei auf das Spiel zu setzen. Und so legt sich Herr Schweinburg aufs Wahrsagen. „Sobald die Reichstagswahlen am 21. Februar vorüber sind, wird Frankreich seine Rüstungen fortsetzen." Das soll heißen: Frankreich giebt sich jetzt den Anschein friedlicher Gesinnung, um den deutschen Michel zu beruhigen, damit derselbe von Neuem für Oppositionskandidaten stimmt. Aber sobald dieser Zweck erreicht ist, zeigt der französische Löwe wieder seine Tatze. Der deutsche Wähler ist nachgerade in diesen Dingen Herrn Schweinburg und seinen Freunden zu klug geworden. Er hat nicht vergessen, daß der Kriegsminister im Reichstage ein über das andere Mal erklärt hat, wenn ein Krieg unmittelbar bevorstände, hätte die Militärvorlage gar keinen Zweck, dazu müsse eben mobil gemacht werden. Das Militärgesetz setzt noch eine ganze Reihe von Friedensjahren voraus. Also ob's Krieg giebt oder nicht, das hängt weder von der Bewilligung auf 7 noch auf 3 Jahre ab.

— Wie Virchow über die Kartellbrüder denkt. Mein Beruf zwingt mich, so äußerte Virchow in einer Wählerversammlung am Freitag mit ganz kranken Leuten umzugehen, die an körperlichen und geistigen Defekten leiden, solch kranke Menschen sind mir aber noch nicht vorgekommen, die nicht die Unterscheidungsgabe besäßen, daß es dem Auslande gegenüber ganz gleich bleiben kann, ob wir die Militärvorlage gleich auf sieben Jahre, oder erst auf drei Jahre und dann wieder auf drei oder vier Jahre bewilligen.

— In einer Anklage gegen einen Rechtsanwalt wegen Gebühren-Ueberhebung hat das Reichsgericht, IV. Strafsenat, durch Urtheil vom 17./21. Dezember v. Js., in Bezug auf die Bestimmung des § 93 der Gebühren-Ordnung für Rechtsanwälte: „Sofern der Rechtsanwalt nicht einer Partei zur Wahrnehmung ihrer Rechte beigeordnet oder als Vertheidiger bestellt ist, kann der Betrag der Vergütung durch Vertrag abweichend von den Vorschriften dieses Gesetzes festgesetzt werden. . . . Der Auftraggeber ist an den Vertrag nur gebunden, soweit er denselben schriftlich abgeschlossen hat," — folgende Rechtssätze ausgesprochen: 1) Der Rechtsanwalt braucht nicht vor Abschluß eines Vertrages über den Betrag seiner Vergütung den Auftraggeber besonders darüber zu belehren, ob und um wieviel er mit seinem Anspruche die gesetzlichen Tarifbeträge überschreitet. 2) Ob und unter welchen Voraussetzungen der Mangel der vorgeschriebenen schriftlichen Form des Vertrags-Abschlusses als geheilt anzusehen ist, bestimmt sich nach dem Landesrecht; insbesondere wird im Geltungsbereich des Preuß. Allg. Landrechts der Mangel der Schriftform durch die Zahlung der mündlich vereinbarten Vergütung ohne Vorbehalt geheilt. 3) der Vertrags-Abschluß über den Betrag der Vergütung kann ebenso jederzeit nach wie vor und bei der Uebernahme des Mandats erfolgen. 4) bei dem Mangel eines derartigen Vertrages macht sich der Anwalt einer strafbaren Gebühren-Ueberhebung schuldig, wenn er über die Tarifsätze hinausgehende Beträge als ihm zustehendes Honorar einfordert oder erhebt, selbst wenn er dabei vermeidet, sie als tarifmäßige zu bezeichnen und der betreffende Auftraggeber in dem vom Anwalt erkannten Irrthum vorbehaltlos zahlt, es seien nur die tarifmäßigen Gebühren von ihm erfordert worden. War diese Irrthum erregende Aufforderung zur Einzahlung nicht verschuldeter Gebühren erfolglos geblieben, so liegt ein strafbarer Versuch der Gebühren-Ueberhebung vor.

— Die „Eisen-Zeitung" schreibt: „Auf dem Schießplatze in Kummersdorf wurden mit neu konstruirten Mörsern und neuen Sprengmitteln Zerstörungsversuche gegen ein eigens

---

Berliner Stimmungsbilder.

Nachdruck verboten.

„Berlin im Zahlenlicht."

Er ist nicht voluminös, der eben erschienene Band, der uns Berlin besser schildert, als es der umsichtigste und gewandteste Schriftsteller zu thun vermag, das große lärmende Berlin mit seinen Leiden und Freuden, mit seinen Licht- und Schattenseiten, seinen ins Auge fallenden Vorzügen und seinem verborgenen, aber desto furchtbareren Elend. Es sind keine glanzvoll geschriebenen Schilderungen, die wir in dem Bande finden, keine Aufzeichnungen aus dem Schatze des Selbsterlebten, des Selbsterfahrenen, es sind Zahlen, nichts wie Zahlen, mit geringem verbindendem Text versehen, und doch geben sie uns ein Gemälde des modernen Berlin, wie es nicht der größte Meister herzustellen vermöchte. Welche enormen Schwierigkeiten es aber macht, dieses Zahlenbild abzuschließen, das beweist wohl der Umstand, daß stets zwei Jahre erforderlich sind, um einen neuen Band dieses „Statistischen Jahrbuches der Stadt Berlin" zu vollenden. Mit unserem Auszuge des Wichtigsten werden wir freilich etwas schneller fertig werden.

Betrachten wir das Kapitel der Bevölkerung, so sehen wir, daß sich die Einwohnerzahl in einem Jahre um 40,000 Seelen vermehrt hat; kaum ein Viertel der Bevölkerung besteht aus geborenen Berlinern, etwa ein Sechstel nur ist verheirathet, trotzdem in einem Jahre über 13 000 Ehen geschlossen wurden. Daß in Berlin die Wahl einer Lebensgefährtin nicht schwer ist, geht schon daraus hervor, daß es fast hunderttausend mehr heirathsfähige Wittwen und Jungfrauen wie heirathsfähige Männer (nämlich 255,500 gegen 161,000) giebt. Daß die Luft in der Hauptstadt nicht so sehr schlecht sein kann, beweisen wohl die 3221 Menschen, welche über achtzig Jahre alt sind, ihnen stehen 144,570 Kinder unter fünf Jahren gegenüber. Das Licht der Welt erblickten in Berlin in einem Jahre 46,400 Kinder, darunter ein schlimmer Prozentsatz, 6310 außerehelich Geborene. Die Sterblichkeit ist gegen frühere Jahre bedeutend zurückgegangen; es starben 34,710, das ist 27 pCt. der gesammten Bevölkerung, während es schon Jahre mit 34 pCt. gab. Die Kindersterblichkeit ist natürlich am größten, nämlich Kinder bis fünf Jahren ca. 20,000; dann kommt das Alter von dreißig bis vierzig Jahren, in welchem ca. 2400 starben, 30 Menschen etwa starben über 90 Jahre alt. Unter den Todesursachen stehen Diphtherie und namentlich Lungenschwindsucht (allein ca. 4500) obenan; an Erschöpfung verschieden 1286, durch Vergiftungen 145, durch äußere Einwirkungen (wie Brandwunden, Ertrinken, Erfrieren, Ersticken, Ueberfahren, Sturz, Schlag, Schuß ꝛc.) 737, durch Selbstmord 339, durch Todtschlag 9.

Was den **Grundbesitz** anbetrifft, so beläuft sich die Zahl der Grundstücke auf 19,218 mit 52,488 Gebäuden, welche einen Steuerbetrag von beinahe 6 Millionen Mark abwerfen; der eingeschätzte steuerbare Werth wird mit weit über 156 Millionen Mark angenommen. Neubauten wurden in einem Jahre 5649 ausgeführt. Der Miethswerth der 310 673 Wohnungen und Gelasse hat die hübsche Summe von ca. 288 Millionen Mark erreicht, durch die 7300 leerstehenden Wohnungen gehen jährlich an 3,745,000 Mark Miethe verloren. Was die Wohnungen selbst anbetrifft, so giebt es 47,000 mit einer Miethe bis 150 Mark jährlich, und — als Gegenstück — 160 Wohnungen mit einem Miethswerth von über — 30,000 Mark! —

Welche **rege Fürsorge** die Stadt den Straßen und Gebäuden zu Theil werden läßt, ist hinreichend bekannt und die Kosten sind denn auch recht erkleckliche. In der städtischen Bauverwaltung wurden allein in einem Jahre fast an 10 Millionen Mark ausgegeben. Das Berliner Straßenreinigungswesen ist ja musterhaft und eine kleine Armee von 600 Mann besorgt dasselbe, die täglich neun Stunden beschäftigt ist. Die Schnee-Abfuhr verursachte ca. 120 000 Mk., die Straßenbesprengung ca. 150 000 Mk. Kosten. Daß Berlin auch eine „helle" Stadt ist, beweisen die 1 600 000 Gasflammen, und da wir einmal beim Licht sind, wollen wir auch des Feuers gedenken, resp. der braven Feuerwehr, die in einem Jahre 1920 Brände löschte und stets neun Minuten nach Abgang der Meldung an Ort und Stelle war. Die Löschung war bei großen Feuern in 5½ Stunden, bei mittleren in 1¾ und bei kleinen in ¾ Stunden bewerkstelligt. Die Ursache der Brände war trotz der kolossalen Häusermeeres nur in zwei Fällen Blitzschlag.

Aus dem Gebiete des **Handels und der Industrie** interessirt uns besonders der Geldmarkt. Es sind theilweise fabelhafte Summen, die uns da entgegenstarren, so bei der Reichshauptbank, deren Gesammt-Umsatz in dem einen Jahre sich auf 23 Milliarden Mark belief! Nicht minder groß, wenigstens zusammengenommen, sind die Kosten der **Verpflegung Berlins**. Sie hat einen Riesenmagen, diese Stadt, denn nur an Fleisch verspeiste sie in einem Jahre 87 900 000 Klgr., das ist pro Kopf ungefähr 70 Klgr. — Sechzehn Jahre erst sind es her, daß in Berlin das Pferdebahnnetz begonnen wurde und heute? Heute benutzen durchschnittlich täglich an 180 000 Menschen die Waggons der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn, die tägliche Einnahme beläuft sich auf ca. 22 000 Mk., die letztjährliche auf 8 070 000 Mk., wovon fast die Hälfte reiner Ueberschuß war! An Droschken sind vorhanden 1900 I. Klasse, 2450 II. Klasse, leider fehlt bei ihnen die Zahl der Fahrgäste, die bei den übrigen Verkehrsinstituten angegeben ist, und zwar wurden dieselben von weit über 111 Millionen Menschen benutzt. Von der jährlichen **Arbeitslast der Post** geben nachstehende Zahlen einen kleinen Begriff: an Stadtbriefen wurden 52½ Mill., an angekommenen Briefen und Postkarten ꝛc. 67½ Millionen, an Packeten 500,000 Stück, an Geldsendungen 143 500 befördert, ferner noch 770 000 Rohrpostbriefe resp. -Karten. Die Einnahmen für Porto und Depeschen er-

zu diesem Zwecke gebautes Fort gemacht, welches genau wie die sogenannten französischen Sperrforts konstruirt war. Mit Hilfe der neuen Vernichtungsmittel gelang es, das ganze Sperrfort in zweimal vierundzwanzig Stunden vom Erdboden wegzublasen. Vielleicht haben die Herren in Paris hiervon Lunte gerochen und zögern, ihr Heil von den Sperrforts abhängig zu machen. Daher auch die fast unheimliche Ruhe, mit welcher die deutsche Armeeverwaltung dem Bau der französischen Befestigungen zusah." Und dazu das Repetirgewehr; wozu also das Unkengeschrei vor einem in nächster Zeit zu erwartendem Kriege?

— Die jetzigen Wahlmanöver der Misch-Maschpartei übersteigen doch alles, was bisher dagewesen ist. Der Druck auf die Beamten, auf die Mitglieder der Kriegervereine genügen nicht, Arbeitgeber (u. A. Herr Krause-Berlin als Besitzer des Eisen-Hüttenwerks in Neusalz i. Schl., Herr Krupp zu Gunsten seines Sohnes) wirken auf ihre Arbeiter ein, malen ihnen die Schrecken des Krieges aus und suchen ihre Arbeiter zu beeinflussen. Das Schlimmste besteht aber darin, daß von der „Misch-Maschpartei" immer wieder der Name des Kaisers in den Wahlkampf gezogen wird; unter der Parole „Der Kaiser wünscht das Septennat" suchen diese Leute Propaganda zu machen. Da ist es wohl angezeigt, einen Brief zu veröffentlichen, welchen der Vater unserer Kronprinzessin am 4. Mai 1858 an unseren Kaiser, damals Prinzregent von Preußen gerichtet hat. Der Brief hat folgenden Wortlaut: „Die Art der Wahlumtriebe, welche das Manteuffel'sche Ministerium sich das letzte Mal erlaubt hatte, indem es alle Regierungsbehörden zu Wahlagenten für seine Partei herabwürdigte und mißbrauchte, hat bei allen patriotisch und rechtlich Denkenden einen so tiefen und gerechten Abscheu erregt, daß Du sowohl die Berechtigung, wie die heilige Pflicht besitzest, eine Wiederholung dieser Schmach unter Deinem Namen zu verbieten und zu verhindern. Daß man aus dieser Popularität Deines Namens bei dieser Gelegenheit auch polisches Kapital wird schlagen wollen, muß erwartet werden. Die Rettung desselben und Betrauung des Volkes mit der unbehinderten Ausübung des politischen Rechts, welches der König in der Verfassung feierlich verliehen hat, wird aber ein Schatz reichen Segens für Dich und Preußen werden." Diese Worte sind in Erfüllung gegangen und wie sieht es jetzt aus?

— Vor einigen Tagen ging durch die Blätter die Meldung, daß Herr Bleichröder 10 000 M. offerirt habe, für den Fall, daß von einer Kandidatur Cremer's in Berlin Abstand genommen werde und wären die „Christlich-Sozialen" auf dieses Gebot hineingefallen. Daher die Exkandidatur Cremer's in Berlin! Wir hielten dies für unmöglich, haben deshalb auch keine Notiz von diesen Meldungen genommen. Nun wird uns aber geschrieben: „Mit Rücksicht auf die Bleichröder-Affäre, erklärte Herr Hofprediger Stöcker in der am Freitag stattgefundenen christlich-sozialen Parteiversammlung, müsse eine aktive Betheiligung der Herren Prof. Wagner, Cremer und seiner Person an der Wahlbewegung abgelehnt werden. Vorher hatte Stöcker gesagt, er könne nicht glauben, daß Männer aus der Berliner Bewegung die 10 000 Mark angenommen hätten, welche Herr v. Bleichröder als Preis des Rücktritts Cremer's von der Kandidatur im 5. Wahlkreise angeboten haben soll. Allein, fügte er hinzu, derartige Dinge werden gewöhnlich hinter den Koulissen abgemacht; nach den Wahlen werde er Rechenschaft fordern. Herr Stöcker scheint also zu wissen, daß es mit den Beiträgen Bleichröder's zum Wahlfonds und der Bedingung, unter welcher dieselben geleistet worden, seine Richtigkeit hat. Die bisherigen Leiter der Berliner Bewegung, die Herren Stöcker, Wagner, Cremer u. s. w. sind von der Agitation ausgeschlossen, so daß, wie es heißt, der in früheren Jahren so freigebige Herr Herzog seinerseits Beiträge verweigert haben soll. Die „Berliner Bewegung" ist in die Hände derjenigen gekommen, welche die Propheten des Antisemitismus als die schlimmsten und am schwersten zu überwindenden Gegner gekennzeichnet haben. Zu der Zeit, wo diese „Bewegung" ihren Höhepunkt erreicht hatte, im Winter 1880/81, hielt einer ihrer Führer, Dr. Henrici eine Rede, die unter dem Titel: „Was ist der Kern der Judenfrage? Vortrag, gehalten am 13. Januar 1881 von Dr. Ernst Henrici, Berlin 1881, Verlag der „Wahrheit", als besondere Broschüre gedruckt wurde und die in folgendem Satze (p. 14) gipfelte: „Das Schwerste wird der Kampf gegen die Haute finance sein, die uns umstrickt hat, und — es hilft nichts, früher oder später muß es doch heraus — die schlimmste Position, die zu erstürmen sein wird, wird die Position Bleichröder sein." — Das war 1881, und heute ist die „Berliner Bewegung" bereits so zahm geworden, daß sie Herrn Bleichröder — um einen populären Ausdruck zu gebrauchen — aus der Hand frißt!"

— Aus Darmstadt wird der Kölnischen Zeitung aus angeblich guter Quelle bestätigt, daß demnächst die Verlobung des Prinzen Heinrich von Preußen mit seiner Kousine, der Prinzessin Irene von Hessen-Darmstadt zu erwarten sei. Der Prinz ist 24, die Prinzessin 20 Jahre alt. Ihre älteste Schwester ist die Gattin des Prinzen Ludwig Alexander von Battenberg, während ihre zweite Schwester mit dem Großfürsten Sergius von Rußland vermählt ist.

— Die Ausrüstung der Infanterie der deutschen Armee mit den neuen Trageformen für das Gepäck und die Munition wird sich, wie man der „M. Ztg." meldet, voraussichtlich der Bewaffnung derselben mit dem neuen Repetirgewehr unmittelbar anschließen. Die dafür entscheidenden Berathungen und Beschlußfassungen haben unter dem Vorsitz des Generals Blume im Kriegsministerium bereits stattgefunden. Auch für die veränderte Ausrüstung der Kavallerie wird die Entscheidung schwerlich noch lange auf sich warten lassen. Die Beschlüsse der Kommission für die Aenderung der Trageformen des Infanteriegepäcks sind auf Grund der seit Jahren stattgehabten Erprobung derselben durch hierzu eigenes zusammengestellte Versuchskommandos einstimmig gefaßt worden. Das Uebergangsstadium von der bisherigen zu der neuen Ausrüstung soll für die gesammte Armee auf eine möglichst kurze Zeit beschränkt werden, was dadurch erleichtert wird, daß die bisherigen Ausrüstungsstücke meist eine leichte Umgestaltung in die neuen Trageformen gestatten. Bei einem künftigen Kriege wird demzufolge die Infanterie der preußisch-deutschen Armee nicht nur mit einer neuen Bewaffnung, sondern zugleich auch in einer beinahe auf sämmtliche Ausrüstungsstücke ausgedehnten Aenderung der Formen und Tragweise derselben auftreten.

— Der „kleine Belagerungszustand" ist über Offenbach verhängt worden.

— Wie man der „Nat.-Ztg." aus Petersburg berichtet, ist in den letzten Tagen ein ungemein freundschaftlich gehaltenes Schreiben des Zaren an Kaiser Wilhelm abgegangen.

Breslau, 13. Februar. Wie die „Breslauer Zeitung" meldet, beschlagnahmte die Polizeibehörde gestern 30 000 sozialistische Wahl-Flugblätter, weil dieselben hinsichtlich der Angabe des Verlegers und Herausgebers den Bestimmungen des § 6 des Preßgesetzes nicht genügten.

Ausland.

Warschau, 12. Februar. Die Holzindustriellen petitioniren bei dem Finanz- und Krongutsministerium um einen Ausfuhrzoll für unbearbeitetes Holz von 25 bis 35 Kopeken pro laufenden Fuß als Gegenmaßregel gegen den deutschen Einfuhrzoll auf bearbeitetes Holz. Die Petition findet überall Anklang.

Sofia, 12. Februar. Die Verhandlungen über die bulgarische Angelegenheit zwischen dem türkischen Großvezier, Zankow und den Delegirten der bulgarischen Regierung einerseits, andererseits zwischen dem Großvezier und den Vertretern Rußlands, sowie der anderen Mächte rücken anscheinend nicht vom Flecke. Die Schwierigkeiten entstehen thatsächlich nur aus der Weigerung Rußlands, die Fürstenwahl zuerst vornehmen zu lassen, und aus der Forderung desselben, daß in erster Reihe die Neuzusammensetzung der Regentschaft und des Kabinets, sowie die Neuwahl der Sobranje vorzunehmen sei. Rußland will eben, daß der neue Fürst Bulgarien als russisches Vasallenland bereits vorfinde, da er, so fürchtet man in Petersburg, andernfalls leicht von vornherein auf die Pfade des Fürsten Alexander gerathen könnte. Zankow ist nicht ernst zu nehmen; er, sammt seinen übertriebenen Forderungen existirt überhaupt nur durch Rußlands Zulassung. Nach dem bisherigen Gang der Dinge ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Verhandlungen in Konstantinopel sich so lange hinziehen, bis wiederum Ereignisse eintreten, welche dann wieder eine neue Krisis und weiterhin neue Berathungen zur Folge haben, was sich event. noch mehrmals wiederholen könnte. Daß solche Ereignisse in der Stille vorbereitet werden, ist sehr wahrscheinlich, denn Rußland scheint sich die bulgarische Frage so lange offen halten zu wollen, bis im europäischen Konzert eine endgültige Entscheidung getroffen sein wird, d. h. bis es feststeht, ob Rußland ein Bündniß mit Frankreich, oder ein solches mit Deutschland mehr Vortheile verspricht.

Rom, 12. Februar. Wie die „Opinione" erfährt, konferirte der König am Vormittag mit dem Grafen Robilant und soll nunmehr beschlossen haben, Depretis mit der Bildung eines neuen Kabinets zu betrauen. Die „Opinione" fügt hinzu, Depretis betrachte das Verbleiben Robilants als Minister des Auswärtigen als nothwendig.

Paris, 12. Februar. Die beantragte Erhöhung der Getreidezölle, welche demnächst von den Kammern wahrscheinlich votirt werden wird, erregt in den Hafenplätzen, die aus der Getreideeinfuhr großen Vortheil ziehen, lebhafte Beunruhigung. Gestern führten die Deputirten von Marseille eine Arbeiterdeputation dieses Hafens zum Konseilpräsidenten Goblet, welche demselben ihre Besorgniße unterbreiten und die Regierung ersuchen wollte, den Antrag in der Deputirtenkammer zu bekämpfen. Goblet erwiderte den Delegirten, es wäre bekannte Thatsache, daß das Kabinet in dieser wichtigen Frage gespalten wäre, und daß, um eine Krisis zu vermeiden, der Ackerbauminister Develle ermächtigt worden wäre, seine Ansicht hinsichtlich der Nothwendigkeit der Erhöhung des Getreidezolls in der Kammer zu vertreten. Die Delegirten mußten demnach hoffnungslos abziehen.

Provinzielles.

p **Siemon** Kr. Thorn, 13. Februar. Am 9. d. Mts. hat sich in Kokotzco eine Einwohnerfrau vergiftet, auch hat die Unglückliche versucht, ihr 11 Monate altes Kind mit in den Tod zu nehmen, indem sie demselben gleichfalls Gift in die Milch mischte. Die Dosis muß aber sehr gering gewesen sein, denn es gelang der ärztlichen Hilfe, dasselbe am Leben zu erhalten. Die Eifersucht hat die Frau zum Mord und Selbstmord getrieben.

△ **Löbau**, 13. Februar. In der heute stattgefundenen General-Versammlung der hiesigen vor 11 Jahren gegründeten Sterbekasse hob der Vorsitzende hervor, daß die Kasse sich eines stetigen Aufschwunges erfreut, sowohl hinsichtlich der Mitgliederzahl, als auch der finanziellen Verhältnisse. Obwohl im vergangenen Jahre 17 Sterbefälle — eine ungewöhnlich große Zahl — mit einer Gesammtausgabe von etwa 2500 M. — zu verzeichnen sind, konnte dennoch eine neue Hypothek in Höhe von 600 M. erworben werden. Der Verein zählt jetzt 525 Mitglieder und besitzt ein Vermögen von 11485 M.; ein gewiß günstiges Resultat.

Aus dem Kreise Niederung, 13. Febr. Wie die Konservativen Unterschriften für ihren Wahlaufruf erlangen, darüber weiß das „Tils. Tageblatt" folgendes zu berichten: Graf Keyserling Rautenburg hat an eine große Anzahl von Personen, welche mit der konservativen Partei bisher nie etwas zu thun gehabt haben, folgendes Schreiben erlassen: Rautenburg, den 19. Januar 1887. In der heutigen Sitzung des Vorstandes unseres Vereins ist von Mitgliedern desselben die Ansicht ausgesprochen, daß Ew. P. P. bereit sein dürften, unserem Vereine beizutreten und sind im Falle Ihres Einverständnisses Ew. P. P. gleichzeitig als unser Vertrauensmann für die bevorstehende Wahl in Vorschlag gebracht. Wir erlauben uns daher die Bitte an Sie zu richten, unserem Verein beizutreten, und wollen annehmen, daß dieses geschehen, wenn wir nicht bis zum 27. d. Mts von Ihnen eine ablehnende Antwort erhalten. Der Vorstand des Vereins der Konservativen im Kreise Niederung. Der Vorsitzende. Graf v. Keyserling - Rautenburg." — Das „Tilsiter T gebl." hebt es mit Recht als bemerkenswerth hervor, daß in diesem Schreiben von der Unterzeichnung eines Wahlaufrufs gar nicht die Rede ist. Gleichwohl hat eine Anzahl von Personen, die eine „ablehnende Antwort" nicht rechtzeitig gegeben hat, ihre Namen unter dem konservativ-nationalliberalen Wahlaufruf gefunden.

Elbing, 12. Februar. Wie der „Erml. Ztg." von hier geschrieben wird, hält man es in den Kreisen der hiesigen katholischen Bevölkerung für durchaus rathsam, daß die Zentrumswähler von vornherein für den freisinnigen Kandidaten Herrn v. Reibnitz Heinrichau eintreten.

× **Allenstein**, 13. Februar. Herr Gymnasial-Oberlehrer Robert Buchholz hierselbst ist zum Direktor des Gymnasiums in Rössel ernannt.

Eydtkuhnen, 13. Februar. Aus Diez meldet man dem „Rh. Kourier": Unser früherer Amtmann Frhr. v. Roell ist durch Verfügung des Ministers des Innern mit der Verwaltung des Grenzkommissariats in Eydtkuhnen beauftragt worden. Die Vorgänger des Herrn v. R. sind Konsuln in Kowno geworden.

Wreschen, 12. Februar. Eine hohe Strafe ist vom hiesigen Schöffengericht dem Schüler der neu errichteten Fortbildungsschule A. Poliowicz von hier zudiktirt. Derselbe wurde nämlich zu drei Wochen Gefängniß und zur Tragung sämmtlicher Kosten verurtheilt, weil er sich über und gegen seinen Lehrer ungebührliche Aeußerungen erlaubt hatte. In der Motivirung des Urtheils wurde hervorgehoben, daß ein so hohes Strafmaß deshalb in Anwendung komme, weil die errichteten Fortbildungsschulen als staatliche Einrichtungen anzusehen sind.

Lokales.

Thorn, den 14. Februar.

— [Militärisches.] v. Beczwarzowsky, Oberst und Kommandeur des 3. Garde-Gren. Regts. Königin Elisabeth unter Stellung à la suite dieses Regts., mit der Führung der 8. Inf. Brig. beauftragt. Boltz, Kaserneninsp. auf Probe in Thorn, definitiv angestellt.

— [Die Petition der Handelskammer für Kreis Thorn] betreffend Ermäßigung der Eisenbahnfrachten für Getreide auf weitere Entfernungen, liegt dem Abgeordnetenhause bereits vor. Seit einer Reihe von Jahren, heißt es in derselben, suchen der Handelsstand und die Landwirthschaft im Osten Preußens darauf hinzuwirken, daß die Bahntarife für Getreidesendungen vom Osten Deutschlands her nach dem mittleren und westlichen Deutschland herabgesetzt und dem seit geraumer Zeit in Kraft befindlichen Staffeltarif der Ostbahn angepaßt werden. Die von den Königl. Eisenbahn-Direktionen zu Bromberg und Breslau in dieser Angelegenheit angestellten Enqueten haben ergeben, daß die beantragten Ermäßigungen für die Landwirthschaft und den Handel des Ostens von wesentlichem Vortheil sein würden, ohne wichtige wirthschaftliche Interessen anderer Landestheile ungünstig zu beeinflussen. Die Bezirks-Eisenbahnräthe zu Bromberg und Breslau haben sich denn auch für die Ermäßigung, der Landes-Eisenbahnrath in seiner Sitzung am 25. Juni v. J. dagegen ausgesprochen. Auf der Tagesordnung des Landes-Eisenbahnraths, welcher am 10. Dezember v. J. zusammentrat, stand ein Antrag des Herrn Ministers wegen Zweckmäßigkeit der Ermäßigung der Getreidefracht für Sendungen vom Osten nach Sachsen und Thüringen. Zu dieser Vorlage überreichte die Handelskammer in Gemeinschaft mit 28 landwirth-

---

reichten die Höhe von 16 808 000 Mk., die „Armee Stephans" für Berlin rekrutirt sich aus 2400 Post- und Telegraphen-Beamten, 3500 Briefträgern und anderen Unterbeamten, und 415 Postillonen. Der Weihnachtsverkehr — vom 12. bis 25. Dezember — umfaßte die Beförderung von 840 000 Packeten, der Neujahrsverkehr — vom 31. Dezember Mittags bis 1. Januar Abends — diejenige von 1 809 000 Briefen.

Reich entwickelt in der Kaiserstadt ist das Armenwesen, die Wohlthätigkeit und Armenpflege, freilich giebt es auch genug Noth und Elend zu mildern. Wie schwierig die städtische Armenpflege zu bewältigen ist, geht am besten daraus hervor, daß sich ihrer Regulirung 2c. allein 1784 Personen widmen. 15 789 Menschen wurden durch Geld unterstützt, wozu 2 112 000 Mk. nöthig waren; 7239 Kinder wurden von der Stadt in Pflege gegeben. Durch die Armenspeisungs-Anstalt wurden in dem einen Winter 614 000 Portionen Suppe vertheilt, 115 000 Mk. wurden für vertheiltes Brennmaterial gezahlt, 18 000 Mark für Bekleidung armer Konfirmanden ausgegeben. 74 Aerzte widmeten sich der Armen-Krankenpflege und behandelten 47 000 Hauskranke; in den Krankenhäusern wurden 26 300 Menschen gepflegt, die Ausgaben dafür beliefen sich auf 1 645 000 Mk. An Waisenkindern wurden 4306 versorgt, darunter befanden sich 1426 absolut verlassene Kinder. All' diese vorstehenden Zahlen betreffen aber nur die städtischen Anstalten, es existiren aber neben diesen noch mehrere hundert private Wohlthätigkeits-Anstalten, die zahllosen Tausenden jährlich zum Wohl gereichen und Millionen dafür ausgeben.

Zu den interessantesten, aber auch zu den furchtbarsten Kapiteln gehört dasjenige, welches sich mit der Polizei, der Rechtspflege und mit den Gefängnissen beschäftigt. Das Personal der Verwaltung der Polizei besteht aus ca. 400 Beamten, zu denen sich 160 Polizei-Offiziere und Kriminal-Kommissare, 300 Wachtmeister und 3100 Schutzleute gesellen. Vom Kriminal-Kommissariat wurden im Laufe eines Jahres über 58 000 neue Sachen bearbeitet, sie bestanden in 4100 Anzeigen über verhaftete Personen, 51 322 Anzeigen über vorgekommene Verbrechen und Vergehen 2c., 1813 Anzeigen über falsches Geld 2c. Von den Verhafteten wurden 2309 wegen Diebstahls, 29 wegen Raubs, 125 wegen Körperverletzung, 15 wegen Mord und Mordversuchs, 137 wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit, 300 wegen Widerstandes gegen Beamte 2c. festgenommen. Anzeigen über vorgekommene Verbrechen und Vergehen gelangten 24 366 an das Kriminal-Kommissariat, darunter über 10 000 wegen Diebstahls, 901 wegen Körperverletzung, 72 wegen Raubs, 360 wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit, 68 wegen Meineids, 2769 Unglücksfälle, 349 Selbstmorde, 556 vermißte Personen, 264 wegen Mißhandlung 2c. Das Verbrecher-Album ist in dem einen Jahre um 363 Photographieen vermehrt worden, es enthält jetzt zusammen 3825, darunter 36 Abbildungen von — Mördern und 1048 von Einbrechern. In den Polizei-Gewahrsam kamen 26 434 Menschen, darunter 9054 wegen Bettelns, 8304 Frauen wegen Unsittlichkeit, 5185 wegen Obdachlosigkeit, 1826 wegen Straßenunfugs 2c. Genug des traurigen Bildes, es ist zu entsetzlich, um noch weiter ausgemalt zu werden.

Paul Lindenberg.

schaftlichen Vereinen eine Denkschrift, in welcher die in der Sitzung des Landes-Eisenbahnraths am 25. Juni von den Referenten zur Sprache gebrachten Bedenken „die Frachtermäßigung werde ausschließlich dem Handel des Ostens zu Gute kommen und Veranlassung sein, daß die in Betracht kommenden Märkte mit ausländischem Getreide überschwemmt werden," zurückgewiesen wurden. Die Landwirthschaft im Osten produzirt mehr Getreide als sie bedarf, sie kann ihre Ueberproduktion nur dann nutzbringend verwenden, wenn ihr entferntere inländische Märkte unter günstigen Bedingungen aufgeschlossen werden, und das eben ist der Zweck der beantragten Frachtermäßigung. Jetzt ist die Landwirthschaft des Ostens mit dem Absatz ihres vorzüglichen Getreides zum größten Theil nach den nahen Hafenstädten angewiesen, wobei den Bahnen die Einnahmen für Transporte auf weitere Entfernungen vorloren gehen. Nicht zutreffend ist die Annahme, ausländisches Getreide würde von dieser Frachtermäßigung Nutzen ziehen und die Märkte im Süden und Westen überschwemmen. Letzteres ist gerade jetzt der Fall, die billigen russischen Getreidefrachten, die billigen Seetarife erleichtern dem russischen Getreide das Aufsuchen dieser Märkte, von wo das bessere deutsche zurückgedrängt wurde, das so zum See-Export und zum Aufsuchen ausländischer Märkte gezwungen ist, welche, mit Getreide aller Erdtheile überführt, keine günstigen Preise zu bieten vermögen. Dem Handel des Ostens würde die Frachtermäßigung insofern zu Gute kommen, als er sich dadurch wieder freier bewegen könnte, ebenso aber werden der Landwirthschaft des Ostens andere Märkte und somit günstigere Chancen eröffnet, den inländischen Bahnen aber bessere Einnahmen zugeführt. Die Bitte der Handelskammer geht dahin: das hohe Haus der Abgeordneten wolle geneigtest dahin wirken, daß die Getreidefrachten vom Osten nach dem mittleren und westlichen Deutschland analog den bereits im Lokalverkehr der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg bestehenden Tarifen ermäßigt werden.

— [Der westpreußische Provinzial-Fechtverein], welcher Ende 1885 in Danzig gegründet wurde, veröffentlicht jetzt seinen ersten Jahresbericht. Mitglieder zählt der Verein außer in Danzig noch in Elbing, wo sich ein besonderer Verband gebildet hat, in Marienwerder, Marienburg, Dirschau, Rosenberg, Riesenburg, Stuhm, Thorn, Pelplin, Pr. Stargardt ꝛc. Der bisher erzielte Gewinn beträgt 166 Mk. 11 Pf., wobei zu berücksichtigen bleibt, daß die nicht unerheblichen Kosten der Einrichtung aus den bisherigen Einnahmen haben gedeckt werden müssen. Der Verein hofft schon in diesem Jahre Waisen in Pflege geben zu können.

— [Die staatliche gewerbliche Fortbildungsschule] ist gestern durch Aufnahme, Prüfung und Eintheilung der Schüler in die einzelnen Klassen unter Mitwirkung des Dirigenten und sämmtlicher 19 Lehrer, die an derselben wirken werden, eröffnet worden, nachdem das Lehrerpersonal am vorhergegangenen Abends bereits durch den Vorsitzenden des Kuratoriums, Herrn Bürgermeister Bender, Namens der Königl. Staatsregierung begrüßt worden war. Die Prüfung dauerte von Morgens 8 Uhr, mit Unterbrechung während des Hauptgottesdienstes, bis Abends 5½ Uhr. Es unterzogen sich derselben 265 Lehrlinge. Die Prüfung hat ein erfreulicheres Resultat ergeben, als zu erwarten war. Drei junge Leute haben allerdings noch nie eine Schule besucht, darunter einer aus dem Kreise Strasburg und zwei aus Polen gebürtig, welche nur der polnischen Sprache mächtig sind. 87 Lehrlinge sprechen polnisch und deutsch und 185 nur deutsch. Bei 69 ist die Familiensprache polnisch und bei 21 gemischt. Die neue Anstalt besteht nach den Bestimmnngen der Staatsregierung aus drei Abtheilungen, Abtheilung A mit 2 Klassen der bereits bestehenden fakultativen Schule, Hauptunterrichtsgegenstand ist hier Fachzeichnen; Abtheilung B. mit 5 aufsteigenden Klassen und wöchentlich zwei Stunden Zeichnen, 2 Std. Deutsch und 2 Std. Rechnen und Raumlehre; Abtheilung C. mit 4 aufsteigenden Klassen und wöchentlich 4 Std. Deutsch (incl. 1 Std. Geschäftsaufsätze und Buchführung auf der Oberstufe) und 2 Std. Rechnen. Am meisten störend wird für den Gewerbestand der verhältnißmäßig frühe Beginn der Unterrichtsstunden sein, Abends 7 Uhr. Den Unterricht auf Stunden nach 9 Uhr zu verlegen ist verboten, doch muß den Gewerbetreibenden dringend angerathen werden, ihre Lehrlinge zu veranlassen und ihnen Gelegenheit zu geben, dem Unterricht pünktlich beizuwohnen, da nach den strengen amtlichen Weisungen bei Verspätungen und Versäumnissen die Strafbestimmungen zur Anwendung kommen müssen und über jeden einzelnen Fall sogar höheren Orts berichtet werden muß.

— [Vom 1. Pommerschen Ulanen-Regiment Nr. 4] dessen Chef Prinz Georg von Preußen ist, der am vergangenen Sonnabend seinen Geburtstag begangen hat, haben sich behufs Gratulation der Major Freiherr von Entreß Fürsteneck, à la suite des qu. Regiments und beauftragt mit der Führung desselben, sowie der Rittmeister Graf von Merveldt, der Premier-Lieutenant von Mitschke Kollande und der Sekond-Lieutenant und Regiments-Adjutant Schlüter nach Berlin begeben.

— [Die Rezitation des Herrn Friedrich Eulau,] welche gestern für Mitglieder des kaufmännischen Vereins in dem für solche Zwecke sehr geeigneten Saale des Hotel Sanssouci stattfand, hat sicherlich keinen der zahlreich erschienenen Zuhörer unbefriedigt gelassen. Mit der größten Aufmerksamkeit folgte Jedermann dem Vortrage. Herr E. verfügt über ein Organ, das ihm gestattet, durch die Sprache jede der handelnden Personen zu charakterisiren, am bewundernswerthesten muß aber sein Gedächtniß erscheinen, wenn man bedenkt, daß er die ganze in Versen geschriebene Mär „Der Meisterdieb", ohne auch nur einmal zu stocken, aus dem Gedächtniß rezitirt hat. Fast 1½ Stunde (ohne Anrechnung einer Pause von 15 Minuten) hat Herr E. gesprochen. „Der Meisterdieb" ist eine Mär, wodurch die Handlung gekennzeichnet ist, die Sprache ist eine edle und hat der Dichter Herr Arthur Fitger sich mit dieser Schöpfung wohlverdienten Ruhm erworben.

— [Das Stiftungsfest] der Handwerkerliedertafel, welches am vergangenen Sonnabend im Schumann'schen Saale gefeiert wurde und sehr zahlreich besucht war, leitete der Vorsitzende, Herr Bojanowski, mit einer Ansprache ein, in welcher er die Anwesenden begrüßte und namens der Sänger den Gästen für ihr Erscheinen Dank sagte. Dem Konzert, welches wegen seines sehr geschickt gewählten Programms und der durchweg tüchtigen Leistungen der Sänger, diesen großen Beifall einbrachte, — insbesondere erregten die komischen Sachen und namentlich die „Sängerfahrt nach Kamerun" stürmische Heiterkeit — folgte ein Tanz, der erst sein Ende nahm, als von der Hauptwache her längst die Töne der Reveille in den Ballsaal gedrungen waren. In der Kaffeepause exzellirte ein Mitglied durch Leistungen in der höheren Salonmagie und als Künstler auf der Mundharmonika. Das Fest hat allgemein befriedigt.

— [Der Vorschuß-Verein] hält morgen Dienstag Abend 8 Uhr im Saale des Schützenhauses seine General-Versammlung ab, in welcher u. A. über den für das Jahr 1886 zu vertheilenden Gewinn Beschluß gefaßt werden soll.

— [Kriegerverein.] In dem am Sonnabend stattgefundenen Appell wurde beschlossen, am Vorabende des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers einen Zapfenstreich mit Fackelbegleitung zu veranstalten und die freiwillige Feuerwehr zu ersuchen, hieran Theil zu nehmen. Des Weiteren wurden in dem Appell einige interne Vereinsangelegenheiten erledigt.

— [Zugverspätung.] Der Kurierzug aus Berlin (via Posen) ist heute vierzig Minuten verspätet auf dem hiesigen Bahnhof eingetroffen. Ursache der Verspätung Glatteis und Nebel.

— [Die Pendelzüge] zwischen Bahnhof und Haltestelle sind seit gestern eingestellt.

— [Des Verbrechens der Kindesaussetzung] hat sich die vielfach vorbestrafte Arbeiterfrau Franziska Kamke schuldig gemacht. Bei ihr hatte nämlich gegen eine festgesetzte Entschädigung die unverehelichte Julie Egger ihr vor 4 Wochen geborenes Kind in Pflege gegeben; die E. erkrankte, fand im Krankenhause Aufnahme, das Pflegegeld blieb aus und nun brachte die K. das Kind zu der auf der Fischerei wohnenden Mutter der Egger. Als Frau Egger sen. das Kind zurückwies, legte die K. dasselbe auf einen Düngerhaufen, wo das arme Wesen, das nur mit dem Nothwendigsten bekleidet war, glücklicher Weise von spielenden Kindern bald bemerkt wurde. Das Kind ist von der Stadt in Pflege gegeben, die Kamke sofort verhaftet.

— [Gefunden] ist in der Breitenstraße am Sonnabend Abend ein anscheinend goldenes Kreuz. Näheres im Polizei-Sekretariat.

— [Polizeiliches.] Verhaftet sind 17 Personen, darunter mehrere wegen groben Unfugs, ferner 3 Trunkene, die in den Straßen liegend aufgefunden wurden und wahrscheinlich erfroren wären, wenn die Polizei sich ihrer nicht angenommen hätte. — Ein Fleischerlehrling hat am Sonnabend Abends die am Eingange zu einem Restaurationslokal angebrachte Laterne gestohlen, angeblich um mit derselben seine Schlafstelle zu erleuchten, wozu der Meister ihm jedes Material verweigerte.

— [Von der Weichsel.] Heutiger Wasserstand 2,00 Mtr.

Kleine Chronik.

* Berlin, 12. Februar. Heute früh nach 6 Uhr brach im Hotel Continental ein Dachstuhlbrand aus, welcher sich über die ganze Ausdehnung des Dachstuhls verbreitete und die Hälfte desselben und das darunter liegende Stockwerk zerstörte. Die Feuerwehr leistete Bewundernswerthes. Die Räumung erfolgte ziemlich schnell, da die Frequenz gering war. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Kaiser und der Kronprinz ließen sich fortlaufend Bericht erstatten.

* Wegen eines auf eigenartige Weise begangenen Unfugs war eine Frau Bertha C. vom Schöffengerichte zu einer Geldstrafe von 36 M. verurtheilt worden. Gelegentlich eines großen „Reinemachens", welches die Angeklagte an einem Herbsttage des vorigen Jahres in ihrer Wohnung vornahm, stäubte sie einige Bilder in der Weise ab, daß sie dieselben zum Fenster hinaushielt und den Staub auf die Straße kehrte. Die im Erdgeschoß wohnende Gemüsehändlerin hatte vor ihrer Thür einen Korb voll Bohnen stehen und wurde von einer Nachbarin darauf aufmerksam gemacht, daß ihre Waare durch das Gebahren der Angeklagten verunreinigt werden könnte. Diese Voraussetzung erwies sich als zutreffend, denn die Gemüsehändlerin fand bei näherer Besichtigung ihrer Bohnen auf denselben eine Wanze, während eine größere Anzahl dieser anmuthigen Thierchen in der Nähe des Korbes umherspazierte. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß die Angeklagte das Ungeziefer von den Bildern auf die Straße gekehrt, und zog sie sich deshalb obige Anklage zu. Das Strafmaß schien ihr aber zu hoch, sie legte Berufung ein und erzielte gestern in zweiter Instanz auch eine Herabsetzung der Strafe auf 15 M. Auch nahm der Gerichtshof nicht groben Unfug, sondern nur eine Uebertretung des § 366 des Strafgesetzbuches, welcher das Reinigen von Gegenständen zu den Fenstern hinaus verbietet, als vorliegend an.

Submissions-Termine.

Königl. Garnison-Verwaltung hier. Verkauf eines auf dem Hofe des Militärarresthauses stehenden Holzstalles auf den Abbruch. **Termin 18. Februar, Vorm. 10 Uhr.**

Ober-Präsidium in Danzig. Lieferung von zwei Stück eisernen Schlepp-Prähmen für die Weichselstrombau-Verwaltung. Offerten bis 12. März, Vormittags 12 Uhr.

Eisenbahntarife. Mit dem 15. Februar d. J. tritt für den Güterverkehr zwischen Norddeutschland und Süwestrußland (Norddeutsch-Galizisch-Südwestrussischer Grenzverkehr) ein neuer Tarif in Kraft, durch welchen der Tarif vom 1. Mai 1885 aufgehoben wird. — Nach der P. Z. sind für den Getreidetransport von den Stationen der Rjäsan-Kozlower und Morszan-Syzraner Bahn und den Mehltransport von der Orenburger Bahn über Wiazma, Brest, Praga, Illowo, Danzig und Neufahrwasser neue Tarife zur Einführung gelangt.

Telegraphische Börsen-Depesche.

Berlin, 14. Februar.

Fonds: ruhig.		12. Febr.
Russische Banknoten	182,30	181,70
Warschau 8 Tage	181,60	181,10
Pr. 4% Consols	104,00	104,00
Polnische Pfandbriefe 5% . .	57,20	57,20
do. Liquid. Pfandbriefe .	53,30	53,10
Westpr. Pfandbr. 3½% neul. II.	96,30	96,50
Credit-Actien 12,80 Zuschlag	443,00	443,00
Oesterr. Banknoten	158,80	158,80
Disconto-Comm.-Anth. 6,50 Abschlag	185,70	185,60
Weizen: gelb April-Mai	160,20	162,50
Mai-Juni	161,70	164,00
Loco in New-York	90½c	91 c
Roggen: loco	128,00	129,00
April-Mai	129,00	130,00
Mai-Juni	129,25	130,20
Juni-Juli	130,00	131,00
Rüböl: April-Mai	45,10	45,10
Mai-Juni	45 40	45,50
Spiritus: loco	36,30	36,60
April-Mai	37,20	37,50
Juli-August	38,90	39,20

Wechsel-Diskont 4; Lombard-Zinsfuß für deutsche Staats-Anl 4½, für andere Effekten 5

Spiritus-Depesche.

Königsberg 14. Februar.

(v. Portatius u. Grothe.)

Loco 36,75 Brf. 36,50 Geld 36 50 bez.
Februar 37,00 „ —,— „ —,—

Telegraphische Depesche

der „Thorner Ostdeutschen Zeitung."

Straßburg, 14. Februar. Die Landeszeitung meldet, auf Requisition des Oberreichsanwalts fanden hier Haussuchungen auch bei Mitgliedern des Komitees für die Wahl Kable's statt. Mit der Wahlbewegung hängt das Einschreiten durchaus nicht zusammen sondern mit Verbindungen, welche die französische Patriotenliga im Reichslande hat und jüngst zur Kenntniß der Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht gelangten.

Ordentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung.

Mittwoch, den 16. Februar 1887, Nachmittags 3 Uhr.

Tagesordnung:

A. Von voriger Sitzung:

56. Etat der Stadtschulen-Kasse pro Etatsjahr 1887/88.
60. Betr. Abänderung des Bebauungsplanes der Bromberger Vorstadt.
61. Antrag auf Genehmigung zur Anschaffung von Kleidungsstücken und Utensilien für das Kinderheim im Kostenbetrage von 950 M. und Deckung dieser Ausgabe aus dem Anleihefonds.

B. Neue Vorlagen.

1. Antrag des Magistrats auf Genehmigung der Etatsüberschreitung in Höhe von 807 M. 66 Pf. bei Titel VII Pos. 3 des Schlachthaus-Etats (Verbesserungen und unvorhergesehene Ausgaben).
2. Antrag des Magistrats auf Bewilligung eines Beitrages für den deutschen Verein für Knaben-Handarbeit.
3. Betr. Vergebung der Leichenfuhren resp Gestellung von Pferden zum Leichenwagen bei Beerdigung verstorbener armer Personen.
4. Etat für das städtische Kinderheim pro Etatsjahr 1887/88.
5. Vorlegung der Antwortschreiben der Allerhöchsten Herrschaften auf die abgesandten Neujahrs-Glückwunschschreiben.
6. Betr. Abschluß des Vertrages mit dem Diakonissen-Mutterhause „Krankenhaus der Barmherzigkeit" zu Königsberg wegen Ueberweisung zweier Diakonissen für das städtische Wilhelm-Augusta-Siechenhaus.
7. Protokoll über die ordentliche monatliche Kassenrevision vom 31. Januar 1887.
8. Betr. Niederschlagung von 145 Mark überhobenen Gehalts einer Lehrerin.
9. Betr. Aufnahme einer Zusatzbestimmung in das Statut der städtischen Sparkasse.
10. Betr. die Forderung an Rayon-Entschädigung für das Schulhaus, das Kinderheim und die sonstigen städtischen Anlagen der Jakobs-Vorstadt
11. Gesuch des Registrator Merkel um weitere zweimonatliche Beurlaubung als Stadtverordneten-Sekretär in Folge seiner Augenkrankheit.
12. Betr. Bewilligung einer außerordentlichen Kur-Unterstützung an denselben.
13. Mittheilung des Magistrats, daß die Militairverwaltung die Gewährung eines Beitrages zu den Kosten der Einrichtung von Gasbeleuchtung auf der Bromberger Vorstadt abgelehnt hat und in Folge dessen von der Beleuchtung dieses Stadttheils mit Gas vorläufig abzusehen und die Angelegenheit zu vertagen sei.
14. Betr Abstandnahme von der Wiederbesetzung der Stelle eines Brückenaufsehers und Uebertragung der Reinigung und Beheizung der zu ärztlichen Untersuchungen bestimmten Räume an den Chausseeaufseher Sommer und Ueberweisung der Dienstwohnung auf dem städtischen Bauhof an denselben gegen Zahlung von 10% seines Gehalts als Wohnungsmiethe.
15. Betr. Uebertragung der Ziegelanfuhr zum Bau des Forsthauses Guttau an den Herrn Fuhrhalter Robert Röder zu Kl. Mocker.
16. Betr. Vergebung der Kübel- und Kehrichtabfuhr.
17. Betr. Zuschlagsertheilung zur Pachtung der Fischerei-Nutzung im halben Weichselstrom längs des Dorfes Schmolln für jährlich 100 M. an Herrn Gensty aus Kuszczoret.
18. Betr Niederschlagung von 125 M. rückständiger Pacht für das Schankhaus II am Seglerthor.
19. Betr. die Annahme des Herrn Dr. Sinai als Arzt für das Kinderheim und für das Waisenhaus.
20. Neuwahl des Schiedsmanns des I. Bezirks nach abgelaufener Wahlperiode.
21. Etat der Kämmerei-Forstkasse pro Etatsjahr 1887/88.
22. Etat der Kämmerei-Ziegeleikasse pro Etatsjahr 1887/88.
23. Antrag des Magistrats auf Genehmigung der Zuschlagsertheilung zur Pachtung der Dungabfuhr für die nächsten 5 Jahre vom 1. April 1887 ab an den Administrator Herrn Reißmüller zu Gremboczyn für jährlich 400 M.
24. Antrag auf Genehmigung der Weiterbeschäftigung des Herrn Gerichtsassessor Möller als Hilfsarbeiter im Magistrat bis zum 1. Juli 1887.

Thorn, den 12. Februar 1887.

Der Vorsitzende der Stadtverordneten-Versammlung
gez. **Böthke.**

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch nochmals zur öffentlichen Kenntniß, daß mit dem heutigen Tage die staatliche gewerbliche Fortbildungsschule in's Leben tritt.

Von heute ab tritt mithin die Verpflichtung der Gewerbtreibenden ein, ihre Lehrlinge, Gesellen, Gehülfen und Fabrikarbeiter bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres zu der genannten Schule anzumelden und zum regelmäßigen Besuch des Unterrichts anzuhalten.

Thorn, den 14. Februar 1887.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1. in das diesseitige Gesellschaftsregister unter Nr. 123, woselbst die Firma **F. Urbanski & Co.** vermerkt ist:

   Der Kaufmann **Alois Glowczynski** zu Thorn ist aus der Handelsgesellschaft ausgeschieden. Der Kaufmann **Florian Urbanski** setzt das Handelsgeschäft unter der bisherigen Firma **F. Urbanski & Co.** allein fort.

2. in das diesseitige Firmenregister unter Nr. 758:

   Die in Thorn bestehende Handelsniederlassung des Kaufmanns **Florian Urbanski** unter der Firma

   F. Urbanski & Comp.

Thorn, den 6. Februar 1887.

Königliches Amtsgericht.

Der deutschfreisinnige

Reichstags-Kandidat

des Wahlkreises Thorn-Kulm ist der Herr **Landgerichts-Direktor**

Worzewski.

Stimmzettel sind in der Expedition der „Thorner Ostdeutschen Zeitung" zu haben.

Wähler-Versammlung.

Am Montag, den 14. d. Mts., Abends 8 Uhr wird zu **Thorn, Bromberger Vorstadt 2. Linie** im Saale des Herrn **Liedtke**

eine Wählerversammlung

für den **VII. Wahlbezirk Thorn's** abgehalten werden, wozu alle deutsch-national gesinnten Wahlmänner der westlichen Hälfte der Bromberger Vorstadt von der Schulstraße einschließlich der Kavallerie-Kaserne, Fort IVa., Ziegelei, Chaussee und Forsthaus Grünhof, Finkenthal und Krowieniec eingeladen werden.

Das Wahlkomitee des deutsch-nationalgesinnten Wahlkreises Thorn.

Wählerversammlung.

Am Mittwoch, den 16. d. Mts., Abends 8 Uhr wird im Restaurant **Tivoli,** Bromberger Vorstadt, eine Wählerversammlung für den 6. Wahlbezirk Thorn's abgehalten werden, wozu alle deutsch-nationalgesinnten Wähler der Fischerei- und Bromberger Vorstadt östliche Hälfte bis zur Schulstraße (östliche Seite) nebst der Hasenberg-Baracke, dem Hilfslazareth und Hafenmeisterhaus eingeladen werden.

Das Wahlcomitee der deutsch-nationalgesinnten Partei des Wahlkreises Thorn.

General-Versammlung

Dienstag, den 15. Febr., Abends 8 Uhr im **„Schützenhause."**

Tagesordnung:

1. Rechnungslegung pro 4. Quartal 1886.
2. Rechnungslegung für das Jahr 1886.
3. Beschlußfassung über die Gewinnvertheilung.
4. Wahl von drei Rechnungsrevisoren.
5. Wahl eines Vorstands-Mitgliedes.
6. Wahl von drei Ausschuß-Mitgliedern.

Vorschuß-Verein zu Thorn e. G.

E. Kittler. Herm. F. Schwartz. F. Gerbis.

Gärtner-Stelle-Gesuch!

Ein junger militärfreier, solider Gehilfe, 24 Jahre alt, in **Topfpflanzenkultur** und hauptsächlich **Landschaftsgärtnerei** erfahren, selbstständiger Arbeiter, **sucht** gestützt auf gute Zeugnisse **sichere Stellung** in einer größeren Herrschafts oder Handelsgärtnerei.

Antritt kann sofort, 15. Februar oder auch später erfolgen.

Gefällige Offerten (möglichst mit Angabe des Gehalts und sonstigen Bedingungen) unter der Aufschrift **M. H. 24** in die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Hierzu eine Beilage.

Für die Redaktion verantwortlich: Gustav Kaschade in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostdeutschen Zeitung (M. Schirmer) in Thorn.